

Das IG BAU-Konzept sieht nicht nur vor, den versicherten Personenkreis zu erweitern und die Beitragsbemessungsgrenze aufzuheben, sondern auch andere Einkommensarten zu Beiträgen für die gesetzliche Rentenversicherung heranzuziehen. Hier geht es um Erträge aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung sowie alle sonstigen zu versteuernden Einkommensarten. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, aber auch wegen der demografischen Veränderungen zeigt sich, dass die Finanzierung der sozialen Sicherung allein über die Arbeitseinkommen nicht mehr zeitgemäß und finanziell tragfähig ist. Die Arbeitgeber dürfen dabei nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Die Beiträge, die auf Einkommen abhängiger Beschäftigter gezahlt werden, sollen weiterhin paritätisch finanziert werden. Notwendig ist die Ergänzung der paritätischen Finanzierung, in der auch Selbstständige, Politiker und Kapitaleinkommen einbezogen werden.



Foto: Jochten Hermis

Am Bau muss unter schwierigsten Bedingungen gearbeitet werden.

Wenn andere Einkommensarten mit einbezogen werden, ist es umso wichtiger, die Beitragsbemessungsgrenze aufzuheben, oder sie zumindest kräftig anzuheben, um eine gerechte Verteilung der Belastung zu erreichen. Sonst würden ausschließlich diejenigen zusätzlich belastet, deren Arbeitnehmerinkommen unterhalb der jetzt geltenden Beitragsbemessungsgrenze liegen. Mit einer Reform, die sich an diesen von der IG BAU vorgeschlagenen Eckpunkten orientiert, könnte die gesetzliche Rentenversicherung auf eine zukunftsfähige Grundlage gestellt werden. Das wäre ein wichtiger, längst überfälliger Schritt zu mehr Solidarität in der Gesellschaft.

Langjährige Versicherungszeiten stärker berücksichtigen – keine Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters

Langjährige Versicherungszeiten stärker berücksichtigen – keine Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters

Grundsätzlich wirken sich zwar eine lange Erwerbstätigkeit und viele Versicherungsjahre in der jetzigen Rentensystematik positiv auf die Rentenhöhe aus. Faktisch sind aber Menschen, deren Er-

werbsbiografien sich durch den frühen Eintritt ins Erwerbsleben und einen langen Verbleib in Erwerbstätigkeit auszeichnen, oft benachteiligt. Wer hohen körperlichen oder psychischen Belastungen und ungesunden Arbeitsbedingungen, vor allem im gewerblichen Bereich, ausgesetzt ist, hat kaum eine Chance, bis zum Rentenalter durchzuarbeiten. Das sollte in Zukunft beim Renteneintritt berücksichtigt werden. Die Erwerbsminderungsrenten reichen dazu nicht aus, weil ihre Kriterien zu eng angelegt sind.

Die Auswirkungen sind sozial umso gravierender, als es sich bei dem angesprochenen Personenkreis meist nicht um Erwerbstätige in höheren Lohngruppen handelt, die problemlos eine umfassende private Eigenvorsorge für das Alter finanzieren können. Deshalb setzt sich die IG BAU dafür ein, langjährig Versicherten künftig nach spätestens 44 Jahren den Renteneintritt auch vor dem Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters ohne Abschläge zu ermöglichen. Für diese Personengruppe wäre eine Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, wie sie im Moment öffentlich diskutiert wird, besonders fatal. Hier ist die Kluft zwischen dem gesetzlichen und realen Renteneintrittsalter besonders groß. So erreichten von den Beschäftigten aus dem Bauhauptgewerbe im Jahr 2002 lediglich fünf Prozent die Regelaltersrente mit 65 Jahren. Viele müssen zum Teil erheblich früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden – aus gesundheitlichen Gründen, oder weil sie keine Arbeit mehr finden.

Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet für den weitaus größten Teil der Bauarbeiter und ähnlich körperlich hoch belastete Beschäftigte nicht, zwei Jahre länger zu arbeiten, sondern lediglich zwei Jahre später erst Rente zu bekommen oder hohe Abschläge in Kauf nehmen zu müssen. Sie müssen also eine empfindliche Rentenkürzung hinnehmen. Dabei droht schon jetzt die Armutsfalle,



Foto: Paul Glaser

Altersarmut vermeiden, die Rentenfinanzierung weiterentwickeln.

wenn sie vor der Rente eine längere Phase von Arbeitslosigkeit überbrücken müssen und bei zukünftig kürzerem Bezug von Arbeitslosengeld I während des Bezugs von Arbeitslosengeld II ihre Rücklagen fürs Alter vorzeitig aufbrauchen müssen.

Das Rentenkonzept der IG BAU

Rente mit 67 ist zu spät – für eine auskömmliche Rente



Impressum: Herausgeber IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand VB I, Olof-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt am Main, März 2006, Titelfoto: dpa

Rente mit 67 – Nein danke!

Seit Langem wissen wir, die Rente ist nicht sicher. Daran konnten weder Nullrunden, Nachhaltigkeitsfaktor, Privatisierung, noch Einschnitte bei der Leistungsseite etwas ändern. Im Gegenteil: Die hohe Arbeitslosigkeit sorgt für dauerhafte Ebbe in der Rentenkasse, und immer wieder trifft es diejenigen hart, die nicht über große Einkommen verfügen, und die im besonderen Maße auf die Solidargemeinschaft angewiesen sind.

Nun heißt die neue von der Regierungskoalition verkündete Zauberformel: Rente mit 67. Die Logik, die sich dahinter verbirgt, sagt, da wir alle älter werden, arbeiten wir alle zwei Jahre länger, und dann sind unsere Rentenprobleme gelöst. Das ist aber Augenwischerei. Die Realität sieht anders aus. Einerseits haben immer weniger Menschen bis zum Renteneintrittsalter Arbeit, andererseits werden wir auch nicht alle älter. Älter werden vor allem diejenigen, die über höhere Einkommen verfügen, entsprechende Berufe haben und möglichst gar nicht in die Rentenkasse einzahlen. Dagegen erreichen im Bauhauptgewerbe nicht viel mehr als acht Prozent unserer Kollegen die Regelaltersrente von 65 Jahren. Der Großteil scheidet früher aus, sei es wegen Arbeitslosigkeit oder aus gesundheitlichen Gründen.

Klaus Wiesehügel,

Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt

Das Rentenkonzept der IG BAU:

1. Die gesetzliche Rente bleibt die zentrale Säule der Rentenversicherung. Sie muss reformiert werden.
2. Die Bürgerversicherung muss auch für die Rente eingeführt werden.
3. Die Versicherungsjahre müssen berücksichtigt werden.
4. Das Renteneintrittsalter darf nicht heraufgesetzt werden.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die zentrale Säule der Altersversorgung für den weitaus größten Teil der Bevölkerung. Wer in den Organisationsbereichen der IG BAU arbeitet (Bauwirtschaft, baunahe Dienstleistungen, Landwirtschaft und anderen Branchen), ist in der Regel in der gesetzlichen Rentenversicherung

pflichtversichert – und baut, soweit es ihm oder ihr möglich ist, betriebliche oder tarifliche Zusatzversicherungen auf, für die sich die IG BAU schon lange engagiert. Trotzdem ist klar: Die zentrale Größe für ihre Altersversorgung bleiben die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung – und hier soll das Rentenniveau nach den Reformen der letzten Jahre so weit absinken, dass von Lebensstandardsicherung keine Rede mehr sein kann. Ein Durchschnittsverdiener wird weit mehr als die jetzt schon notwendigen 26 Jahre brauchen, um überhaupt das Grundsicherungsniveau zu erreichen. Dies beschädigt die Grundlagen der Rentenversicherung und das Vertrauen in ihre stabile Zukunft.

Statt immer neuer Leistungskürzungen brauchen wir eine grundlegende Reform, die die Sozialversicherungssysteme wieder zukunftsfähig macht. Die Risiken der Altersversorgung müssen solidarisch geschultert werden. Sie muss auf eine breitere Basis gestellt werden: Eine Bürgerversicherung, wie sie inzwischen für die Gesundheitsversorgung breit diskutiert wird, ist auch für die Rente überfällig.

Ohne eine solche umfassende Reform drohen gerade diejenigen im Alter auf der Strecke zu bleiben, die die Mittel für private Vorsorge während ihres Erwerbslebens kaum aufbringen können. Die Rentenversicherung blutet weiter aus – weil die Menschen das Vertrauen in verlässliche, ausreichende Leistungen verlieren. Daneben werden immer mehr Menschen in Mini-Jobs, Scheinselbstständigkeit oder andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt. Die Rentenversicherung blutet weiter aus, wenn gleichzeitig Besserverdienende die zahlreichen Schlupflöcher nutzen und keine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Hier muss dringend gegengesteuert werden.



Foto: Schmidler

In Rente gehen mit 67, ist für Bauarbeiter viel zu spät.

Umfassende Versicherungspflicht/ Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze

Das IG BAU-Rentenkonzept setzt auf eine umfassende Versicherungspflicht, die die ge-

samte Erwerbsbevölkerung umfasst. Sie bezieht auch Beamte, politische Mandatsträger und Selbstständige mit ein.

Von einem Tag auf den anderen lässt sich eine so grundlegende Veränderung nicht umsetzen.

Um dies auf längere Sicht zu erreichen, muss heute mit ersten konkreten Reformschritten begonnen werden, indem zumindest alle neuen Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Nach dem IG BAU-Modell soll die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben werden: Wer über ein höheres Einkommen verfügt, sollte sich gerade in ökonomisch und demografisch schwierigen Phasen an den Lasten der solidarischen Sozialversicherung beteiligen.

Eine Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze wäre langfristig ein Nullsummenspiel, wenn die höheren Einzahlungen im Maßstab eins zu eins höhere Auszahlungsansprüche begründen würden. Dass aus höheren Einzahlungen höhere Ansprüche folgen müssen, legt die verfassungsrechtliche Interpretation nahe. Damit ist allerdings das Verhältnis von Einzahlung und Anspruch noch nicht festgelegt. Deshalb sollen nach dem Vorschlag der IG BAU ab einer bestimmten Höhe aus den darüber liegenden Einzahlungen nur noch geringere Ansprüche entstehen. Das Ergebnis wäre eine oben stark abgeflachte Rentenkurve.

Die Geringfügigkeitsgrenze soll auf eine Bagatellgrenze abgesenkt werden. Jede dauerhafte Beschäftigung gehört in den Schutz der Sozialversicherung. Die Vielzahl neuer Mini-Jobs ist vor allem entstanden aus der Zerlegung von regulär abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen in Jobs unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze. Das geht zulasten der Sozialversicherung, der erhebliche Einnahmen entgehen, und zulasten der betroffenen Personen – hauptsächlich Frauen –, denen so ein weiteres Hindernis für den Aufbau einer eigenständigen sozialen Absicherung in den Weg gelegt wird.



Foto: Paul Glaser

In Würde das Alter genießen.